

Breitband ist auf einem guten Weg

Bund fördert schnelles Internet mit elf Millionen

Von unserem Mitarbeiter
Ralf Joachim Kraft

Landkreis Rastatt. Im Februar dieses Jahres wurden im Kreistag die Rahmenbedingungen für das „Breitbandprojekt im Landkreis Rastatt“ beschlossen. Im Juli flatterte der Zuwendungsbescheid des Bundes ins Haus: Elf Millionen Euro Fördermittel nach dem Bundesförderprogramm (Förderquote 70 Prozent). In seiner jüngsten Sitzung hat der Kreistag auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Bau und Planung (AUBP) die Landkreisverwaltung beauftragt, die Projektträger-schaft für das Vorhaben zu übernehmen.

Geplant ist, wie bereits mehrfach berichtet, der Ausbau eines landkreisweiten Glasfaser-Backbone-Netzes mit Anschlusspunkten für die Kommunen und netzförmigen Glasfaseranschlüssen für Gewerbegebiete sowie die Beseitigung der „weißen Flecken“.

Auf der Basis des Förderbescheides des Bundes wurde, wie Landrat Jürgen Bäuerle mitteilte, Ende August die Landesförderung in Höhe von 20 Prozent der Gesamtkosten beantragt. Es werde mit weiteren rund vier Millionen Euro vom Land gerechnet. Die Kommunen des Landkreises wurden laut Bäuerle über den aktuellen Sachstand auf dem Laufenden gehalten. Es habe bis Ende Juni „bilaterale Abstimmungs- und Informationstreffen“ gegeben. Bei diesen habe sich herausgestellt, dass die Stadt Gaggenau „aufgrund der Versorgung durch die Stadtwerke Gaggenau“ keinen weiteren Versorgungsbedarf im Stadtgebiet sieht. Alle weiteren 18 Kommunen hätten signalisiert, das Projekt in den Gemeinderäten zu behandeln. Landkreisdirektor Claus Haberecht war von da an

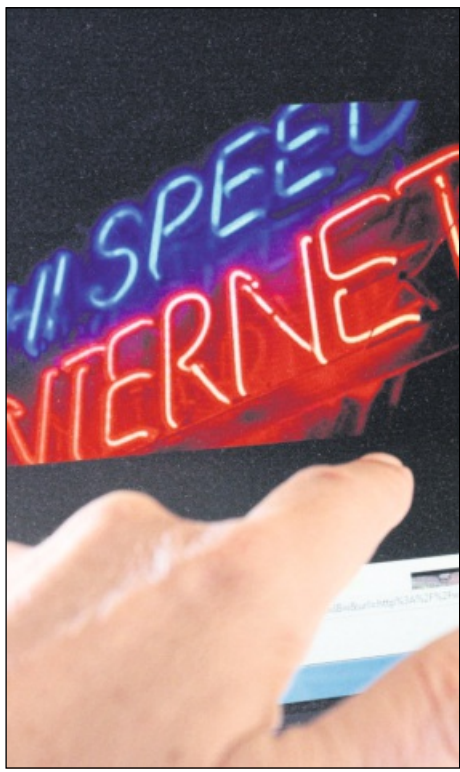
Auch das Land könnte einen Zuschuss beisteuern

praktisch ständig auf Tour, um die Breitbandplanung und die finanzielle Beteiligung vorzustellen. Alle 18 Kommunen hätten positive Beschlüsse gefasst. Und alle seien froh, dass der Landkreis diesen Weg gehe. Wie Haberecht bereits in den Gemeinderatssitzungen und bei Treffen mit den Verwaltungen mitteilte, kann das Förderprogramm auch für Gigabit-Anschlüsse in Schulen genutzt werden. Eine Nachmeldung von zusätzlichen Schuler-schließungen mit Glasfaser könne beim Bund auch noch kurzfristig erfolgen. Zusätzliche Anschlusskosten wären entsprechend der innerörtlichen Erschließungen durch die Kommunen zu finanzieren. Mittlerweile wurde laut Landrat Bäuerle ein Planungsbüro mit einer Schulplanung beauftragt.

Da der Landkreis gegenüber dem Bund als zentraler Zuwendungsempfänger und auch als Bauherr der Breitbandmaßnahmen aufträte, seien zwischen dem Landkreis und den Kommunen Refinanzierungsvereinbarungen für den kommunalen Anteil abzuschließen. Ein Stuttgarter Anwaltsbüro habe inzwischen einen Vereinbarungsentwurf vorgelegt. Sobald das Land seine 20-prozentige Mitfinanzierung bewilligt hat, will die Kreisverwaltung die weiteren organisatorischen Schritte und die Ausschreibungen für Feinplanung, Betrieb und Bauleistungen einleiten.

Nach dem Auswahlverfahren für Bau und Betrieb und dem Nachweis des gesicherten Netzbetriebes erfolge der finale Bescheid des Bundes. Danach würden die Baumaßnahmen anlaufen. Gemäß Förderprogramm müssten sie bis Ende 2018 abgeschlossen werden. Eine Verlängerung bis Ende 2019 sei aber absehbar.

Nach dem Auswahlverfahren für Bau und Betrieb und dem Nachweis des gesicherten Netzbetriebes erfolge der finale Bescheid des Bundes. Danach würden die Baumaßnahmen anlaufen. Gemäß Förderprogramm müssten sie bis Ende 2018 abgeschlossen werden. Eine Verlängerung bis Ende 2019 sei aber absehbar.



SCHNELL INS NETZ mit Glasfaser soll es bald im gesamten Kreis gehen. Foto: rjk

Forbach will auf 6 000 Einwohner anwachsen

Mit Klausur hat der Leitbildprozess begonnen / „Arbeiten und Erholen im Einklang mit der Natur“

Von unserem Mitarbeiter
Georg Keller

Forbach. Der Forbacher Gemeinderat hat an zwei Klausurwochenenden begonnen, ein Leitbild für die künftige Entwicklung der Gemeinde zu erarbeiten. Die Leitvision lautet dabei: „Forbach wächst: Arbeiten und Erholen im Einklang mit der Natur“. Ambitioniertes Ziel: Bis zum Jahr 2030 soll die Bevölkerungszahl wieder auf 6 000 Einwohner ansteigen. Aktuell hat die Murgtalgemeinde noch 4 848 Einwohner, im Jahr 1970 waren es noch 6 985.

„Wir werden den Prozess weiterführen“, kündigte Bürgermeisterin Katrin Buhrke beim Pressegespräch mit den Fraktionsvorsitzenden im Forbacher Rathaus an. Sie sprach von einem guten

Gemeinde will mit dem Nationalpark punkten

Austausch in den verschiedenen Arbeitsgruppen, in denen jeweils ein Konsens gefunden werden konnte. Zurückgreifen konnte der Gemeinderat auf die Ergebnisse des Integrierten Managementverfahrens aus dem Jahr 2014/15. Buhrke: „Viele Arbeitsthemen und Zielvorstellungen decken sich.“

Insgesamt wurden acht Themenkreise bearbeitet. Bereits umgesetzt wurde der Punkt „Geschichte, Tradition und Selbstbild der Bürger von Forbach“. Bei der ersten Klausurtagung im April beschloss der Gemeinderat die Position: „Forbach punktet durch den Nationalpark im wildromantischen Murgtal“.

Nachdem das Großschutzgebiet, dessen Nordteil teilweise auf Forbacher Gemarkung liegt, in der Vergangenheit nicht von allen Ratsmitgliedern positiv gesehen wurde, erfolgte zwischenzeitlich zumindest offiziell ein Umschwen-



OUTDOOR-ERLEBNISSE wie das Murg-Rafting und hoher Freizeitwert: Auch hiermit will die Gemeinde Forbach punkten. Archivfoto: Keller

ken. Die Gemeinde wurde Mitglied im Verein Nationalparkregion, der den Nationalpark Schwarzwald als Tourismus-Destination vermarktet. Weiterhin betont der erarbeitete Leitplan, dass Forbach mit „einzigartiger Landschaft, hohem Freizeitwert und attraktiven Natur- und Outdoor-Erlebnissen“ punkten kann. „Die Landschaft ist unser Kapital“, erklärte Horst Fritz und verwies auf den geplanten Mountainbike-Trail. Der SPD-Fraktionsvorsitzende lobte die

strukturierte fraktionsübergreifende Zusammenarbeit bei der von Frank Leichsenring vom Lörracher Büro „Komm...zept“ moderierten Klausurtagung. „Wir wollen einen aktiven Bevölkerungszuwachs erreichen“, bekräftigte die CDU-Fraktionschefin Sabine Reichl. Wichtig war allen Fraktionsvorsitzenden, dass Forbach eine „familienfreundliche Wohn-gemeinde für Jung und Alt“ bleibt. Angesichts der anstehenden Pflichtenaufgaben werden aller-

dings nicht alle Wünsche umsetzbar sein, so Sabine Reichl. Handlungsbedarf sah sie bei den Hallen (Murg-halle und Schul-sporthalle). Auf den Weg gebracht wurde der Breitbandausbau, durch das Backbone-Programm des Landkreises Rastatt scheint hier eine Lösung für Forbach möglich. Um die Einwohnerzahl zu steigern, ist die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze in Gewerbe, Handel und Tourismus erforderlich, heißt es weiter. Mit der ehemaligen Papierfabrik Wolfsheck steht eine Gewerbefläche für Industrieansiedlungen zur Verfügung. „Wir haben jetzt Leitziele formuliert, die konkreten Maßnahmen müssen folgen“, erklärte Achim Rietz, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler und mit 27 Jahren Ratszugehörigkeit der „Alterspräsident“ des Gemeinderats. Er sehe Tourismus und Gewerbe als die Zukunftsfelder, die bearbeitet und gefördert werden müssen. „Es ist uns gelungen, Konsens zu schaffen“, zog Margrit Haller-Reif (Grüne) ein positives Fazit. Das Leitbild sei eine Richtschnur für das zukünftige Handeln.

Die Leser an der Kamera



Goldener Herbst im Spiegel der Schwarzenbachtalsperre. Dieses eindrucksvolle Naturschauspiel hat Bernd Stösser mit der Kamera eingefangen.

„Erschließung verdummbeutelt“

Bürgerinitiative Halberstung nimmt Stellung zu Anbindung des Baden-Airparks

Sinzheim-Halberstung/Hügelsheim (red). Zum Artikel „Nabu favorisiert Ortsumgehung mit Galerielösung“ und zum Kommentar „Uneins“ (ABB vom 26. Oktober) nimmt die Bürgervereinigung Halberstung Stellung. Es werde deutlich, dass die Verantwortlichen in den Gemeindeverwaltungen, im Landratamt, im Regierungspräsidium und im Verkehrsministerium die verkehrliche Erschließung des Baden-Airpark mindestens 18 Jahre „verdummbeutelt“ haben, heißt es in dem Schreiben.

Die Bürgervereinigung bezieht sich hierbei auf eine Aussage des damaligen Landesverkehrsministers Ulrich Müller (CDU) aus dem Jahr 1999, der eine eindeutige Richtung vorgegeben habe. Um einen Rechtsstreit mit dem Naturschutz zu vermeiden, sollte nach seiner Aussage der nach EU-Recht geschützten Naturraum bei Schiftung nicht angetastet und stattdessen eine Ortsumfahrung von Hügelsheim gebaut werden. „Leider haben alle Verantwortlichen diese klare Aussage des damaligen CDU-Ministers entweder (bewusst) ignoriert oder ‚ver-

pennt! Jetzt stehen wir an einem (Wende) Punkt, der – wenn er beachtet worden wäre – schon jetzt realisiert sein könnte“, heißt es weiter in der Stellungnahme der Initiative. Der Vorwurf einer Diskussionsteilnehmerin am Mittwochabend an den Naturschutzbund, erst jetzt aktiv geworden sei, sei nachweislich unzutreffend.

Die Leidtragenden der verfahrenen Situation seien für die kommenden Jahre die Menschen, die an der Hügelsheimer Hauptstraße und im näheren Einzugsbereich wohnen, und alle, die „mit und von dieser Hauptstraße leben (müssen)“. Eine Lösung in einem überschaubaren Zeitfenster bringt nach Ansicht der Bürgerinitiative nur ein schnelles Umschwenken auf die Nabu-Variante, die eine „echte Ortsumfahrung von Hügelsheim mit Überdeckung der Fahrbahn im Bereich der Ortslage und mit Rückführung zur L 75 (früher B 36)“ wäre. Interessanter Weise decke sich der Beschluss des Hügelsheimer Gemeinderates vom 16. Oktober genau mit dieser Ausführungsvariante.

Diese Variante unterscheidet sich nämlich maßgeblich von der in den Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren enthaltenen „Nordanbindung des Airpark“ und brächte Hügelsheim ein komplette Entlastung der Hauptstraße vom Durchgangsverkehr.

Dass sich die Anwohner des östlichen Hügelsheimer Ortsrandes als „BI für die Ostanbindung“ zu Wort melden, sei legitim; Tatsache sei aber, dass der Flächen-nutzungsplan der Gemeinde seit 2005 ein Ortsumfahrung vorsehe.

Die postulierte drohende Durchschneidung des Ortes könne man leicht entkräften, weil alle bisher bestehenden Wege- und Straßenverbindungen zwischen Hügelsheim und der Hochfeldsiedlung erhalten blieben. Bauflächen-ausdehnungen seien im dortigen Bereich auf Flächennutzungsplan ja ohnehin nicht mehr vorgesehen. „Die Verantwortlichen sollten ganz dringend auf die Natur- und Umweltschutzverbände hören, damit es eine rasche Problemlösung gibt“, appelliert die Bürgerinitiative Halberstung.

Laufen für guten Zweck

Ottersweier-Breithurst (red). Seit vielen Jahren wurde der Breithurstlauf von einigen Breithurstern Einwohnern Anfang November mit Herzblut organisiert und ausgerichtet. Nach dem Rückzug der Breithurstler Organisatoren hat sich „Lauf mit Markus“ entschlossen, diesen Lauf weiterzuführen. Die Grundidee war und bleibt: Laufen für einen guten Zweck.

In diesem Jahr geht die gespendete Summe an das Projekt Schwarz-Weiß. Der als gemeinnützig anerkannter Verein setzt sich in Afrika für Kinder in Not ein. In den geförderten Projekten in Kenia finden ausgesetzte, verwaiste und verwahrloste Kinder ein neues Zuhause. Sie werden vom Babyalter bis hin zu ihrer Eigenständigkeit betreut.

Start von Breithurst nach Oberweier verlegt

Neu in diesem Jahr: Start und Ziel des Laufens ist nicht mehr in Breithurst, sondern in Oberweier am Eingang zum Naturschutzgebiet Waldhagenich. Folgende Wettbewerbe werden angeboten: Zehn-Kilometer-Volkslauf (Start: 14 Uhr) für Läuferinnen und Läufer sowie Nordic-Walker, Halbmarathon (14 Uhr) für Läuferinnen und Läufer.

Anmeldungen sind vor Ort im Start-/Zielbereich von 12 Uhr bis circa 30 Minuten vor den Start möglich oder per E-Mail an info@lauf-mit-markus.de. Folgende Daten werden benötigt: Namen, Vornamen, Jahrgang, Geschlecht, Strecke, Verein. Die Bezahlung der Startgebühr muss vor Ort in bar erfolgen. Der Veranstalter bittet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, mindestens eine halbe Stunde vor den Läufen bei der Startnummernausgabe sein.

i Internet

www.lauf-mit-markus.de